

Teil 4

Hallo Deutsche, Leser und Nichtleser

das ist nun der vierte Sonntag infolge, daß ich über die Frage der Notwendigkeit eines Friedensvertrages des deutschen Staates, der nach wie vor Deutsches Reich heißt, mit den Vereinten Nationen ausführe.

Wie der Staat, der jetzt nun einmal völkerrechtlich unmittelbar nicht in seinen eigentlichen Grenzen wieder herstellbar ist, in Zukunft heißen wird, bleibt dem deutschen Volk als Entscheidung, so wie es sich in einer Volksherrschaft mit dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes nun einmal gehört. Es bleibt dem Volk auch die Entscheidung über eine Nato-Mitgliedschaft, über den EU-Vertrag, über das TTIP, über die Kriegsmateriallieferungen, die derzeit Gabriel weiter betreibt [1]. Im Gegensatz zu Holland, das sich EU-Gehorsam an den Waffenstop nach Saudi-Arabien hält [15].

Und es gibt viele, viele andere Entscheidungen, die dem gesamten Staatsvolk unterliegen und derzeit von diesem aber nicht entschieden werden dürfen, da die entsprechenden Voraussetzungen, sprich Klauseln/Vorschriften/Artikel im rechtsungültigen Grundgesetz, nicht vorhanden sind.

Ein rechtsungültiges GG kann daher auch beliebig verletzt werden. So der Artikel 1, in dem die Würde des Menschen als unantastbar festgeschrieben steht. So der Artikel 20, der festschreibt, daß das Volk der Herrscher ist. Weiter die Artikel 28 & 38, die unmittelbare Wahlen vorschreiben, und gerade wegen Schachtschneider weiterhin mittelbare Wahlen abgehalten werden.

Ganz besonders wird auch der Artikel 26 GG -Verbot des Angriffskriegs- von der Parteiendiktatur verletzt, wobei diese Verletzung eigentlich nach § 80 StGB strafbar ist.

Nicht verletzt wird aber der Artikel 139 GG – weitere Fortgeltung besatzungsrechtlicher Vorschriften- früher auch Befreiungsgesetz genannt. Die Fortgeltung des Besatzungsrechts ist im Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin festgeschrieben, das sich die BRD 1990 BGBl. II S. 1274ff und um es nicht zu vergessen nochmals 1994 BGBl. II S. 40ff ins Bundesgesetzblatt stellen durfte.

Wenn aber die Parteien sich in ihrem Parteiengesetz den § 37 gegönnt haben, so sind sie letztendlich nicht haftbar für diese Angriffskriege und die Haftung bleibt wieder am deutschen Volk hängen, so wie es nach dem 1. und 2. Weltkrieg geschah und den Deutschen heute nach über 70 Jahren immer noch angelastet wird. Auf deutschem Boden haben nicht nur die zwei großen Kriege des 20. Jahrhunderts stattgefunden, die im Grunde genommen ein einziger ist, der jetzt schon über 100 Jahre anhält. Auch der 30-Jährige Krieg von 1618-1648 wütete auf deutschem Boden und kostete zig Millionen Leben und nachfolgendes Elend; und dem nicht genug hat der Vorgänger von Hitler, Napoleon unsägliches Leid über die europäischen Völker gebracht. Wer sich gerade mit diesem Krieg etwas näher befaßt hat, dem ist aufgefallen, daß nicht nur die Machtansprüche Napoleons

sondern auch die der anderen feudalen Herrscher, Hunderttausende von toten Militärs und noch viel mehr Zivile gefordert hat, die es nicht gebraucht hätte, wenn die alliierten Herrscher, die gegen Napoleon gekämpft haben, zielgerichtet auf die Beendigung des Krieges gehandelt hätten. Dann aber hätten sie ihre einzelnen Machtansprüche nicht befriedigen können und so kam es dazu, daß Napoleon nicht schon 1813 in Deutschland Schachmatt gesetzt wurde, sondern auf seinen Rückzugsgefechten weiterhin Material (vor allem Menschen) auf beiden Seiten geopfert wurden und er von Elba zurückkehren konnte und das sinnlose Morden nochmals anzuheizen. Sinnlos in den Augen der Menschen, die da geopfert wurden. Aber nicht sinnlos in den Augen der machtgierigen Herrscher.

Zur Hauptsiegermacht des 2. Weltkrieges hat sich die USA erklärt. Wenn man etwas genauer hinsieht, ist der Staat USA nichts weiter als sein Volk. Und das Volk sind die Menschen, die Staatsangehörige der USA sind, die hatten außer die Last der Opfer in Menschen und Geld zu tragen, nichts von diesem Krieg. So sind die eigentlichen Sieger diejenigen, die hinter der Schattenregierung der Vereinigten Staaten stehen- die heimatlosen Zionisten- wie Rockefeller-, Rothschild- und anderen Clans; kurz gesagt der US-Imperialismus. Der USI hat sich Japan zum Flugzeugträger im Pazifik gemacht, ist inzwischen daran dasselbe mit den Philippinen zu veranstalten.

Das Vereinigte Königreich von Großbritannien, inzwischen von der City of London übernommen, das seine Jahrhunderte anhaltende Herrschaft am Verteidigen ist, und sie nach und nach an den USI verliert; sowie Frankreich einen eigentlichen Verlierer des 2. Weltkrieges, aber wie Napoleon nach dem Krieg an den Siegetisch geholt, sind über die Nato in das Spiel des USI eingebunden. Ebenso alle anderen Nato-Mitglieder. Aber auch Australien als Mitglied des sog. Commonwealth ist in diesem ganzen vertrackten Zwangspakt verstrickt.

China ist, seit dem die Volksrepublik das **Chiang Kai-shek**- Regime als UN-Mitglied abgelöst hat, und die Russische Föderation seit dem sie vom Präsident Vladimir Vladimirowitsch Putin und den Seinen regiert wird, aus dieser Zwangsvereinigung heraus. Beide aber werden von dieser Zwangsvereinigung bedrängt, da sie entgegengesetzt zu ihren Bedrängern, die Vorschriften der Charta der Vereinten Nationen und die darauf folgenden festgeschriebenen Regeln des Völkerrechts einhalten, was ihnen zugegeben nicht immer gelingt. Mit Sicherheit aber betreiben sie keine Angriffskriege, wie sie dem USI und den anderen Nato-Mitgliedern sowie der seit 1990 klaren Kolonie, die man Deutschland nennt, vorzuwerfen sind.

Dazu wiederholt im ersten Anhang eine Aufreihung und die Aussage von Altkanzler Schröder [2].

Über die Kriege und deren Ursache im Nahen Osten habe ich in meinen vergangenen Sonntagswörtern, die man bei <http://www.bundvfd.de/sonntagswort/> finden kann, ausgeführt.

Nach einem gerademal $\frac{1}{2}$ Jahr hat es nun Rußland in Syrien mit der Unterstützung der rechtmäßigen Regierungstruppen inzwischen soweit gebracht, daß es zu wahrhaftigen Friedensverhandlungen zwischen den einzelnen Teilen des syrischen Volkes kommen kann [13]. Deswegen ziehen sie im Gegensatz zur US und anderen den Großteil ihrer militärischen Kräfte aus Syrien ab und es verbleibt nur der Rest, der benötigt wird, um die Souveränität des syrischen Staates nach Außen abzusichern, da ja die Saudis mit der Koalition der Willigen, die im Geiste des USI weiterhin in Syrien einfallen wollen, und der Türkei, der die Kurden ein Stachel im Auge sind sowie den weiteren inneren Feind, dem IS, es unmöglich zu machen nunmehr anstehende freie Wahlen in Syrien zu behindern oder sogar zu unterdrücken. Freie Wahlen, die es eigentlich noch nicht bräuchte, da der Präsident Baschar al-Assad rechtmäßig durch Wahlen des gesamten syrischen Volkes in sein Amt gelangt ist; und diese Präsidentschaftszeit lt. der syrischen Verfassung noch nicht vorbei ist. Er stellt sich aber nach dieser gesetzlosen Zeit in Syrien vorzeitig erneut zur Wahl um eine wahrhaftige Befriedung des syrischen Volkes zu dienen, die dann neben dem Iran im

ganzen Nahen Osten ausstrahlen kann. Das ist Einhaltung von Völkerrecht, insbesondere dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, im Gegensatz zur BRIC, wo die Selbstbestimmung ohne Volksabstimmungen im Bund und mit grundgesetzwidrigen Wahlen unterdrückt wird.

Auch über Nordafrika, insbesondere Somalia, das seit mehr als 20 Jahren vom USI befriedet werden soll, und Libyen, das nach Niederschlagung des Gaddafi-Regimes und dessen eigene meuchelmörderische Hinrichtung zu Terroristennestern geworden sind, ist berichtet. Aber genauso wird nun ganz Westafrika seit 2010 in den Bürgerkrieg gezogen [3]; um dort den Terroristen Weg zu bahnen die Völker mit Krieg und Terror in Atem halten zu können.

Die ganze Chose zieht sich dann bis nach Südafrika hinunter. Und genau diese Republik ist ganz besonders im Visier des USI, da sie zu den BRICS-Staaten gehört, die dem Imperialismus den Kampf angesagt haben.

Militärisch läßt sich schlecht eingreifen in Südafrika, aber die Wühltätigkeiten über die NGOs gesteuert von der CIA haben schon Erfolg gezeigt. Besonders in den Platin- und Goldminen [4], die noch im besitz von Oligarchen und nicht dem Staat stehen.

Genauso geht es in Süd- und Mittelamerika mit dem USI weiter. Die faschistischen Diktaturen wurden von den Völkern zum Teufel gejagt, aber nach wie vor versucht der Imperialismus auf diese Staaten Einfluß zu nehmen. Einen sehr guten Überblick erhält man, wenn man den Kommentar zum Salpeterkrieg [5] studiert.

Im Sonntagswort vom 09.03.2014 habe ich in dieser Sache bereits über Brasilien ausgeführt. Und in einem anderen Sonntagswort vom [01.02.2015 über Panama](#).

Inzwischen ist der USI wieder in Mittel- und Südamerika zugange. Besonders in Argentinien, Venezuela und Brasilien. In Argentinien hat man es geschafft die Kirchner-Partei, die sich gegen die Hedgefonds gewehrt hat, von der Regierung wegzubringen. In Venezuela wurden die Wahlen zum Parlament ebenfalls stark beeinflußt, in dem man vor den Wahlen die Regale in den Supermärkten leer ließ [6], was durch die Eigentümer, die sich dem USI verschreiben, ein leichtes war. Und siehe da nach der Wahl und mit dem Sieg der Opposition waren die Regale wieder gefüllt. Außerdem hat man Drohgebärden mit militärischer Präsenz bis hin zu Luftraumverletzungen [7] nicht ausgelassen. So ist das, wenn das Volk in seiner Unwissenheit geblendet wird. Ob dann die Demonstrationen mit Zehntausenden Menschen [8], die zu dem Präsidenten Maduro stehen, helfen werden um nicht auch noch die Präsidentschaft an die Gegner des Volkes zu verlieren, ist noch offen.

Und die Brasilianer waren die ganz Bösen, als man ein Unterseekabel ohne Zutun des USI plante [9]. Denn dann wäre es nicht mehr möglich, ihre Abhörtätigkeiten im gewohnten Maße auszuführen, um ihre Wühltätigkeiten sicher zu gestalten.

So ging es dann weiter als die Brasilianer den Friedensprinz und mächtigen Präsidenten Hussein zur unerwünschten Person [10] erklärten, als er im Jahr 2011 Brasilien besuchte.

da Silva, der vorgehende Präsident, hatte dann noch die Frechheit sich mit dem Iran zu verbrütern und inzwischen rechnet Brasilien den zwischenstaatlichen Handel mit dem Iran nicht mehr in \$, sondern in € [11] ab. Dann wird klar, warum die Angriffe auf da Silva und damit auf die jetzige Präsidentin Rousseff, gestartet werden [12].

So ist es eben, wenn in einem Land Gewaltenteilung herrscht, die Justiz aber durch fremde Mächte von der Rechtsstaatlichkeit abgebracht wird. Und nun ist der Mainstream wieder am Spucken und Prusten mit Gift und Galle, weil Rousseff da Silva in das Kabinett geholt hat [16] und er da nur noch der Generalstaatsanwaltschaft und dem Obersten Gericht untersteht, und somit den käuflichen Halunken entzogen ist.

In der Brid ist die Gewaltenteilung nach Artikel 20 GG ebenfalls vorgeschrieben, aber nicht im geringsten eingehalten. Da geben Ministerien Anweisungen zur Nichtbeachtung von Entscheidungen hoher bundesrepublikanischer Gerichte heraus. Bundesverfassungsrichter werden durch die Parteien in ihr Amt gehievt, Gerichte beachten selbst bundesrepublikanisches Recht nicht mehr, vom Völkerrecht ganz zu schweigen. Und all das darf sein solange es den Herrschern, den heimatlosen Zionisten, in den Kram paßt. Aber wehe einer tanzt da aus der Reihe, dann muß er wegen eines geschenkten Tretautos als Präsident, besser gesagt Grüßaugust, zurücktreten. Nun gut, Leut Wulf wäre nicht an den Posten gekommen, wenn er vorher nicht gespurt hätte, hat nun nach wie vor sichere 200000 € im Jahr und der Rosenkrieg ist auch beendet, seine Thusnelda kam zurück. Und das alles in einem vermeintlich souveränen Staat. Souverän seit 1952; oh Gott, nein seit 1955 oder doch erst seit 1990 oder gar nicht?

Warum gibt es da das Übereinkommen zur Berlinregelung? Und warum gibt es nach wie vor den Artikel 139 GG? Oh Gott! Jetzt ist dem Opelt in seinem Wahnsinn ja auch noch ein Bundesgesetzblatt aus dem Jahr 2013, BGBl. 2013 II Nr. 32 S.1458ff [[14](#)] auf die Füße gefallen. Da steht eine Vereinbarung:

Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Chenega Technical Innovations, LLC“

(Nr. DOCPER-AS-117-01) Vom 3. September 2013

Und in dieser Vereinbarung steht in der Verbalnote unter Punkt 7 folgend:

7. Diese Vereinbarung tritt außer Kraft, wenn der Vertrag über die Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen auf der Grundlage der Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-117-01 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Unternehmen Chenega Technical Innovations, LLC endet. Sie tritt außerdem außer Kraft, wenn das Auswärtige Amt nicht spätestens zwei Wochen nach Ablauf der vorausgegangenen Leistungsaufforderung eine nachfolgende Leistungsaufforderung erhält.

Im Jahr 2013 eine Bekanntmachung im Bundesgesetzblatt zwischen einer amerikanischen Firma und den Vereinigten Staaten. Die Firma arbeitet auf dem Bundesgebiet und ist, da sie zwar eine private Firma aber für das US-Militär arbeitet, dem deutschen Recht nicht unterlegen. Die Vereinbarung ist allein zwischen der USA und der Firma und die Brid hat die Kröte zu schlucken. Die Vereinbarung und ihre Zusatzbedingungen können nur von der US und der Firma geändert oder aufgehoben werden. Die Brid hat nichts zu sagen. Auch die Vereinbarung auf ihrem Boden nicht zu kündigen. Einzig aufgehoben ohne die Beteiligung der US und der Firma wird die Vereinbarung, wenn nach Ablauf der Vereinbarung innerhalb von zwei Wochen diese von den US oder der Firma nicht weiter die Leistungen lt. Vereinbarung nicht mehr angefordert werden.

Verträge, die ich abschließen, sind, wenn überhaupt in einer gewissen Frist vor Ablauf zu kündigen, wenn sie nicht automatisch weiter laufen sollen. Werksverträge sind unkündbar. Schon recht unverständlich diese Bekanntmachung im Gesetzblatt eines „souveränen Staates“. Wer mehr über diese Sache wissen will, kann sich da in einer Powerpoint-Präsentation [PPT](#) informieren.

Ja, was hilft da?

Gut Denken, gut Reden und gut Handeln!

Und natürlich per [Erklärung](#) der [Bürgerklage](#) beitreten.

Olaf Thomas Opelt
Staatsrechtlicher Bürger der DDR
Reichs- und Staatsangehöriger
Mitglied im Bund Volk für Deutschland

<http://www.bundvfd.de>